

Familiengeld nicht berücksichtigt

Auf den ersten Blick sind die finanziellen Aussichten gut: Die Regierung rechnet mit langfristigen Überschüssen. In der Finanzplanung 2008 bis 2012 ist aber das momentan diskutierte Familiengeld nicht berücksichtigt – Kosten von 9 Mio. Franken jährlich.

Von Janine Köpfli

Regierungschef und Finanzminister Otmar Hasler zeichnet ein rosiges Bild im Bericht zur Finanzplanung 2008 bis 2012, der zuhundert des Landtags verabschiedet wurde. So habe sich der Finanzplatz erfreulich entwickelt und auch verschiedene Massnahmen, beispielsweise die Reform des Gesetzes über die Invalidenversicherung oder die Reform der Finanzzuweisungen vom Land an die Gemeinden, zeigten ihre Wirkung und entlasten die Landesrechnung. Die finanzielle Situation habe sich sogar soweit verbessert, dass für die kommenden Jahre von einem kumulierten Finanzierungüberschuss von 8 Millionen Franken auszugehen sei. Noch im letzten Jahr wurde für die Periode 2007 bis 2011 ein Fehlbetrag von 139 Millionen Franken prognostiziert. Dass sich die Finanzaussichten innerhalb eines Jahres um 147 Millionen Franken verbessern, habe vor allem mit der positiven Konjunkturentwicklung zu tun, erklärt Otmar Hasler. Sollte die Schweiz die Mehrwertsteuer erhöhen und Liechtenstein nachziehen, wie es vorgesehen ist, würden die Überschüsse sogar auf 72 Millionen Franken ansteigen.

Mögliche Belastung

In diesen Berechnungen allerdings nicht berücksichtigt, ist das in Liechtenstein geplante Familiengeld. Im Bericht und Antrag der Regierung heisst es, dass die jährlichen Kosten noch nicht genau beziffert werden können.

Zur genauen Berechnung seien noch Arbeiten im Gange, daher «wurde auf die Aufnahme der zukünftigen Beitragsleistungen in der Finanzplanung verzichtet». Das kleine Kapitel im Bericht zeigt trotzdem auf, dass ab dem Jahr 2009 mit jährlichen Kosten von 9 Millionen Franken zu rechnen wären, sollte das Familiengeld eingeführt werden, was die Landesrechnung nicht unwesentlich belasten würde.

Mit dem Familiengeld möchte die Regierung finanzielle Anreize schaffen, damit sich Eltern für mehr Kinder entscheiden. «Um der aktuellen demographischen Entwicklung der liechtensteinischen Wohnbevölkerung entgegenzuwirken», heisst es im Bericht. Dass mehr Kindergeld Frauen aber nicht automatisch dazu bringt, auch mehr Kinder zu bekommen, zeigen Studien und aktuelle Zahlen aus Österreich.

Negativbeispiel Österreich

Erst kürzlich hiess es in der österreichischen Zeitung «Die Presse», dass die Österreicherinnen immer häufiger davor zurückschrecken, Kinder zu bekommen – und das trotz des Kinderbetreuungsgeldes, das der Staat pro Kind auszahlt. Laut Statistik Austria wurden in den Monaten Januar bis August 2007 um 1,9 Prozent weniger Kinder geboren, als das im selben Zeitraum des Vorjahres der Fall war. In Kärnten sank die Geburtenzahl gar um sechs Prozent, obwohl es dort seit Anfang 2006 das sogenannte «Babygeld» gibt (im «Vaterland» am 31. Oktober). Bisher wurde 5775 Anträge auf Babygeld stattgegeben, was die Landesregierung mehr als fünf Millionen Euro an Steuergeld gekostet hat. Die Geburtenzahlen sinken trotzdem.

In der Studie mit dem Titel «Emanzipation oder Kindergeld?», verfasst vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, werden europäische Länder hinsichtlich ihrer Geburtenrate miteinander verglichen. Die Studie zeigt, dass die Fruchtbarkeit in jenen Ländern am grössten ist, wo den Frau-

en am wenigsten Hindernisse auf dem Weg in den Arbeitsmarkt drohen und der Staat Kinderbetreuung stark fördert. Diese Staaten, beispielweise Frankreich oder die nordischen Länder, geben Geld für Kinder und Familien aus. Im Unterschied zum österreichischen Modell zahlen sie jedoch weniger Kindergeld, investieren dafür aber umso mehr in die Familienfreundlichkeit, also in Dienstleistungen, die eine Erwerbstätigkeit mit Kindern ermöglichen. Dazu zählt vor allem die Finanzierung von Kinderkrippen, Kindergärten, Tagesmüttern oder Haushaltshilfen. Mit dem Effekt, dass Frauen arbeiten und trotzdem Kinder haben können.

Kindergeld allein genügt nicht

In Liechtenstein möchte die Regierung das geplante Familiengeld im Giesskannenprinzip ausschütten. Eltern sollen pro Kind mit bis zu 9000 Franken im Jahr unterstützt werden. Dieser Zustupf soll allen Kindern in Liechtenstein bis zum Ende des dritten Lebensjahres zugute kommen. Das Beispiel aus Österreich, vor allem des Bundeslands Kärnten, zeigt, dass «Babygeld» allein die Geburtenrate nicht zu steigern vermag.

Sollte sich die Situation in Liechtenstein ähnlich entwickeln wie in Österreich, würde die Regierung mit dem geplanten Familiengeld in Höhe von 9 Millionen Franken das demographische Ziel nicht erreichen, denn die Geburtenrate würde sich allein infolge des Kindergeldes nicht wesentlich verbessern. In vier Jahren würde der Staat 36 Millionen Franken zusätzlich ausgeben müssen, das entspricht der Hälfte der 72 Millionen an Überschüssen, die Liechtenstein bis 2012 erwarten darf, sofern die Schweiz und Liechtenstein die Mehrwertsteuer erhöhen. Passiert dies nicht, steht den zusätzlichen Ausgaben von 9 Millionen Franken jährlich, ein kumulierter Finanzierungüberschuss von 8 Millionen Franken für die Jahre 2008 bis 2012 gegenüber.



Wesentlicher Kostenpunkt: Sollte das von der Regierung vorgeschlagene Familiengeld eingeführt werden, müsste der Staat jährlich 9 Millionen Franken mehr ausgeben.
Bild Wodicka